

## Handelsblatt

Handelsblatt print: Nr. 008 vom 13.01.2015 Seite 048 / Gastkommentar

### Fiskalisches Waterboarding

**Alexis Tsipras wehrt sich gegen eine unangemessene Behandlung Griechenlands, die allen schadet.**

Die Mehrheit der Leser des Handelsblatts wird sich bereits eine Meinung darüber gebildet haben, was sie in diesem Artikel lesen wird. Ich wage es dennoch, Sie zu bitten, diese Zeilen möglichst vorurteilsfrei zu lesen.

Der griechische Staat ist seit 2010 nicht mehr in der Lage, seine Schulden zurückzuzahlen. Leider beschloss man auf europäischer Seite, so zu tun, als könnte man dieses Problems durch den größten in der Menschheitsgeschichte gewährten Kredit und ein Strukturanpassungsprogramm Herr werden. Man tat, als handle es sich beim drohenden Staatsbankrott um einen Liquiditätsengpass.

Es hätte nicht mehr als gesunden Menschenverstand gebraucht, um zu erkennen, dass eine "Extend and Pretend"-Strategie, also ein Verlängern und Vortäuschen, nur Öl ins Feuer der Krise gießt statt zu stabilisieren. Deshalb sprachen wir uns gegen die Kreditvereinbarung vom Mai 2010 aus, die die Schuldenproblematik, deren Last unsere Partner unweigerlich auf ihre Bürger abwälzen würden, nicht lösen konnte. Das wusste auch die Bundesregierung, die dennoch schwieg.

2012 gewährte man einen weiteren Kredit. Während die Gelder unserer Partner zur Finanzierung eines Systems der persönlichen Bereicherung und Vorteilsnahme verwendet wurden, beschnitt der vorgenommene Haircut vornehmlich die Einlagen der Sozialversicherungskassen. Viele Schwache unserer Gesellschaft gerieten in Arbeits- und Obdachlosigkeit. In jüngster Zeit sprechen Beobachter von einer Stabilisierung Griechenlands, von Wachstum und davon, dass die verfolgte Politik nun Früchte trage. Das ist eine willkürliche Verzerrung der Tatsachen: So bedeutet der jüngste Anstieg des realen Nationaleinkommens von 0,7 Prozent nicht etwa das Ende der Rezession, sondern deren Fortsetzung, da im gleichen Zeitraum die Inflation bei - 1,8 Prozent lag.

Das Nationaleinkommen ist also gesunken, der Schuldenberg wächst beständig weiter. Wir haben es mit einer beschämenden Schönung der Statistik zu tun, mit welcher man die Effektivität der von der Troika in Griechenland verfolgten Politik zu belegen und die Europäer ein weiteres Mal hinters Licht zu führen versucht.

Die Wahrheit ist, dass die Schulden Griechenlands nicht zurückgezahlt werden können, solange unsere Volkswirtschaft ständigen fiskalischen Ertränkungsversuchen ausgesetzt ist ("fiscal waterboarding"). Das Beharren auf dieser ausweglosen und menschenverachtenden Politik und das Leugnen mathematischer Tatsachen kosten den deutschen Steuerzahler Unmengen Geld und bringt Griechen und Deutsche gegeneinander auf.

Die deutschen Steuerzahler haben von einer Syriza-Regierung nichts zu befürchten. Im Gegenteil. Unser Ziel ist es nicht, auf Konfrontation zu unseren Partnern zu gehen, mehr Kredite oder einen Freibrief für neue Defizite zu erhalten. Ziel ist die Stabilisierung des Landes, ein ausgeglichener Primärhaushalt und die Beendigung des Aderlasses deutscher und griechischer Steuerzahler.

Ich weiß, hinter der Forderung nach genauer Umsetzung dessen, was vereinbart wurde, steht die Befürchtung, die Griechen könnten sonst weitermachen wie bisher. Ich habe großes Verständnis dafür und möchte klarstellen, dass es nicht meine Partei Syriza war, die dieses System aus Korruption, persönlicher Bereicherung und Vorteilsnahme geschaffen hat, sondern ebenjene, die heute stark auf die Einhaltung des Vereinbarten und die Fortführung des Reformprogramms pochen - selbstverständlich nur, wenn dabei ihre Privilegien weiter unangetastet bleiben.

Wir haben diesem kleptokratischen System den Kampf angesagt und werden eine weitreichende Reform des Staates und der öffentlichen Verwaltung vornehmen, Transparenz und Steuergerechtigkeit schaffen und dabei hart gegen Geldwäscher vorgehen. Dies ist die Reformagenda, die am 25. Januar zur Wahl steht.

Unser Ziel ist es, im Rahmen der Euro-Zone zu einer neuen Übereinkunft zu kommen, die es der griechischen Bevölkerung möglich macht zu atmen, ihre Produktivität freizusetzen und in Würde zu leben, mit Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit und einem Ausweg aus der Rezession durch Wachstumsfinanzierung. Mit Förderung des sozialen Zusammenhalts. Mit mehr Solidarität und Demokratie.

Am 25. Januar wird in Griechenland eine neue Chance für ganz Europa geboren. Mögen wir sie nicht ungenutzt lassen.

Der Autor ist Vorsitzender des griechischen Parteienbündnisses Syriza. Der vollständige Beitrag steht auf [www.handelsblatt.com/gastautor@handelsblatt.com](http://www.handelsblatt.com/gastautor@handelsblatt.com)

*Tsipras, Alexis*

**Quelle:** Handelsblatt print: Nr. 008 vom 13.01.2015 Seite 048

**Ressort:** Gastkommentar

**Dokumentnummer:** FC9C019B-5F7B-4C38-8FDE-A0BF58677567

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://archiv.handelsblatt.com:443/document/HB\\_\\_FC9C019B-5F7B-4C38-8FDE-A0BF58677567%7CHBPM\\_\\_FC9C019B-5F](https://archiv.handelsblatt.com:443/document/HB__FC9C019B-5F7B-4C38-8FDE-A0BF58677567%7CHBPM__FC9C019B-5F)

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH - Zum Erwerb weitergehender Rechte: [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de)

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH